

Afghanistan – Der endlose Krieg

Von Bernd Greiner

Mit der Tötung Osama bin Ladens am 2. Mai dieses Jahres wurde der Drahtzieher der Anschläge vom 11. September 2001 regelrecht zur Strecke gebracht. Sein eigentliches Erbe jedoch, der Krieg in Afghanistan, der am 7. Oktober 2001 begann, geht unvermindert weiter – und ein Ende ist auch in seinem bald elften Jahr nicht abzusehen.

Die Ironie der Geschichte: Im Kalkül der späteren Terrorpiloten Mohammed Atta, Marwan al-Shehhi und Ziad Jarrah spielten Afghanistan und Selbstmordanschläge in der westlichen Welt anfänglich gar keine Rolle, als sie im November 1999 zum Hindukusch aufbrachen.¹ Ihr eigentliches Ziel war Tschetschenien und der Dschihad gegen die Russen. In Afghanistan Zwischenstation zu machen, war offensichtlich eine Entscheidung in letzter Stunde. Doch just zu dieser Zeit gingen in Afghanistan die Planungen für einen großen Anschlag gegen die Vereinigten Staaten in ihre entscheidende Phase. Vermutlich ermutigt durch die erfolgreichen Bombenanschläge auf die amerikanischen Botschaften in Nairobi und Daressalam vom August 1998 – die ersten Terrorakte, die von der Planung, über die Finanzierung bis hin zur Durchführung vollständig in der Hand von Al Qaida lagen – wollte Bin Laden noch mehr riskieren. Im März oder April 1999 beschloss er daher, so bald wie möglich zivile Flugzeuge zu entführen und Ziele mit hohem symbolischen Wert zu zerstören: das World Trade Center, das Pentagon, das Weiße Haus und unter allen Umständen das Kapitol (eine Zeitlang hatten auch einige Atomkraftwerke, der Sears Tower in Chicago und der U.S. Bank Tower in Los Angeles auf der Zielliste gestanden).

Bin Ladens Kalkül war klar: Jeder erfolgreiche Anschlag führte seinem Terrornetzwerk hunderte neuer und begeisterter Rekruten zu. Und auch diesmal ging seine Rechnung auf. Allerdings nur deshalb, weil die USA reagierten, wie sie regierten. Aber der Reihe nach.

Von Afghanistan lernen, heißt siegen lernen

Inzwischen ist bekannt, dass Bin Laden die USA mit den Anschlägen in New York und Washington, D.C. nicht allein verletzen und demütigen wollte. Sie

1 Sie wurden begleitet von Ramsi Bin al-Schibh, dem vierten Mann aus der Hamburger Terrorzelle, der später wegen Visumproblemen nicht in die USA einreisen konnte und durch Hani Hanjour ersetzt wurde. Vgl. Bernd Greiner, 9/11: Der Tag, die Angst, die Folgen, München 2011, S. 31-47.

sollten auch zu einer militärischen Überreaktion gereizt und buchstäblich nach Afghanistan gelockt werden. Daran lassen seine Gespräche mit Vertrauten und Verwandten keinen Zweifel. Dass gegen eine Supermacht militärisch nichts auszurichten ist, war Bin Laden durchaus bewusst. So sehr er in dieser Hinsicht zu Realismus riet, so sehr verstieg er sich andererseits in Phantasien über die ökonomische und psychologische Verwundbarkeit der USA.

Von Afghanistan lernen, heißt siegen lernen – so sein Credo. Mit Geduld und Ausdauer hatte man den Sowjets in den 1980er Jahren eine derartige Last aufgebürdet, dass ihnen aus wirtschaftlichen Gründen gar keine andere Wahl als der Rückzug blieb. Warum sollte diese Strategie des langsamen Ermattens gegenüber den Amerikanern nicht funktionieren?

Es kam nur darauf an, die Vereinigten Staaten unablässig zu provozieren und mit Nadelstichen zu reizen – so lange, bis sie zu den Waffen griffen und sich in einen Krieg stürzten, der ihr moralisches Durchhaltevermögen überforderte: „Sobald Soldaten in Leichensäcken heimkehren, geraten die Amerikaner in Panik und ziehen sich zurück. Einem solchen Land muss man nur zwei oder drei harte Schläge versetzen, dann flieht es vor Angst. [...] Es kann Glaubenskriegern nicht standhalten, die keine Angst haben vor dem Tod.“² Afghanistan würde auf diese Weise zu einem zweiten Vietnam und wie so oft in seiner Geschichte zum „Friedhof der Imperien“ werden.

Bis zum 11. September 2001 lief diese Strategie ins Leere. Dabei war Bin Laden selbst, als treibende Kraft hinter Al Qaida, im Oval Office schon lange ein schier unerschöpfliches Thema. Jahr für Jahr hatte die Regierung Clinton zwischen 1994 und 2000 vom Sudan und später von den Taliban seine Auslieferung verlangt – wissend, dass er für zahlreiche Anschläge verantwortlich war und dennoch hinsichtlich des Kommenden völlig ahnungslos.

Seit dem Herbst 1997 erwog Präsident Bill Clinton auch wiederholt die Ermordung Bin Ladens durch Geheimagenten; in einem „Memorandum of Notification“ vom Dezember 1998 billigte er einen entsprechenden Plan zur Entführung und gezielten Tötung des Al Qaida-Chefs noch einmal ausdrücklich. Aber ein Einsatz der Streitkräfte gegen Al Qaida kam aus verschiedenen Gründen nicht in Frage. Führende Militärs lehnten Kommandounternehmen in einem Umfeld wie Afghanistan rundheraus ab, nicht selten mit dem Hinweis auf Vietnam und die Dynamik eines Krieges, auf den man weder doktrinär noch mental vorbereitet war und den man folglich auch nicht gewinnen konnte. Wie zweifelhaft selbst ein Einsatz von Cruise Missiles war, hatte sich zuletzt während des Balkankrieges im Frühjahr 1999 gezeigt, als infolge fehlerhafter Zielangaben die chinesische Botschaft in Belgrad statt der anvisierten serbischen Ziele bombardiert worden war. Von Mai 1999 bis Oktober 2001 wurde daher nie wieder über Luftangriffe oder Einsätze von Spezialkommandos gegen Afghanistan diskutiert.

Das änderte sich schlagartig am 11. September 2001. Dass Al Qaida und Osama Bin Laden hinter den Anschlägen steckten und dass die Fäden in

2 Osama Bin Laden, zit. n. Lawrence Wright, *Der Tod wird Euch finden. Al Quaida und der Weg zum 11. September*, Stuttgart 2007, S. 235; vgl. Auch Jean Sasson, *Growing Up bin Laden. Osama's Wife and Son Take Us Inside Their Secret World*, New York 2009, S. 177.

afghanischen Ausbildungslagern gezogen worden waren, lag von Anfang an auf der Hand. Sage und schreibe 36 Mal war CIA-Chef George Tenet zwischen Januar und August 2001 in seinen täglichen Lagebesprechungen mit Präsident George W. Bush auf Al Qaida zu sprechen gekommen, bereits am 4. September, genau eine Woche vor den Anschlägen, befasste sich der Nationale Sicherheitsrat mit dem Thema im Allgemeinen und im Besonderen mit dem Vorschlag, die Ausbildungslager in Afghanistan wieder einmal mit Cruise Missiles anzugreifen.

Dass Afghanistan das erste Ziel im „Krieg gegen den Terror“ war, stand deshalb bereits am ersten Tag nach den Anschlägen von New York und Washington, D.C. fest. Allerdings waren die für die Region zuständigen Stäbe und Einheiten – das „Central Command“ (CENTCOM) unter General Tommy Franks – auf einen derartigen Einsatz nicht im Mindesten vorbereitet. Die überzeugendste Notlösung offerierte CIA-Chef George Tenet während der Sitzung des „Kriegskabinetts“ am 15. September 2001 in Camp David: 115 CIA-Agenten sollten zusammen mit 300 Elitesoldaten der „Special Operation Forces“ in Afghanistan abgesetzt werden und zusammen mit ortskundigen Verbündeten Bombenziele für einen strategischen Luftkrieg gegen die Taliban und Al Qaida markieren. Der Vorschlag überzeugte, auch und gerade wegen der Aussicht, im Erfolgsfall gänzlich auf den Einsatz von regulären Bodentruppen verzichten zu können. Mit sofortiger Wirkung wurden der CIA für verdeckte Operationen in Afghanistan – nicht zuletzt für die Bestechung von „Warlords“ und Stammesfürsten – eine Milliarde Dollar zur Verfügung gestellt. Am 2. Oktober 2001 unterschrieb Präsident Bush den Einsatzplan namens „Enduring Freedom“, fünf Tage später, am 7. Oktober 2001, begann der Krieg.

Das Ziel: Ein „schlanker Krieg“ (Donald Rumsfeld)

Es sollte – so die Vorstellung von Donald Rumsfeld und seinen Beratern – ein „schlanker Krieg“ werden, eine eindruckliche Demonstration, dass Amerika willens und imstande war, an der Peripherie hauptsächlich mit militärischer Hochtechnologie seine Ziele durchzusetzen. In anderen Worten: Der Krieg in Afghanistan sollte der Beweis dafür werden, dass die Zeit personal- und kostenintensiver Kriege vorbei war. Einzig mit der Luftwaffe und 300 vorab infiltrierten Elitesoldaten aus den Reihen der Armee und des CIA wollte das Pentagon sein Kriegsziel erreichen: Al Qaida „enthaupen“, die übrigen Terroristen aus ihren Rückzugsgebieten vertreiben und die Taliban stürzen. Innerhalb weniger Wochen wurden vermutlich zwischen 8000 und 12000 Taliban-Kämpfer (u.a. im Tora-Bora-Gebirge) getötet, mehr als 20000 verletzt und 7000 gefangen genommen – ein fürchterlicher Aderlass bei einer Truppe von insgesamt 60000 Mann. Am 13. November 2001 räumten die Taliban Kabul und zogen sich in die Berge zurück, Anfang Dezember waren alle größeren Städte und die wichtigsten Provinzen in der Hand der Nordallianz oder der „Warlords“.

Und dennoch verschenkten die USA ihren schnellen Sieg auf geradezu leichtfertige Weise. Im Grunde genommen standen alle Türen für einen Wiederaufbau des Landes offen. Trotz des hohen Blutzolls – unzuverlässigen Schätzungen zufolge waren in den ersten Wochen des Krieges an die 8000 afghanische Zivilisten durch Luftangriffe getötet oder verwundet worden und damit vier Mal mehr Menschen als während des Jugoslawienkrieges im Jahr 1999 – begrüßte die überwiegende Mehrheit der Afghanen die Intervention, erleichtert über das Ende eines über 20jährigen Krieges und des fundamentalistischen Terrorregimes.

Afghanistan war die „schlimmste humanitäre Katastrophenzone der Welt“. So beschreibt der beste Kenner der Region, der pakistanische Journalist Ahmed Rashid, die Lage am Hindukusch im Herbst 2001.³ Das vom Krieg gegen die Sowjets noch immer gezeichnete Land war in den Jahren des Bürgerkrieges und der anschließenden Schreckensherrschaft der Taliban auf das Niveau der ärmsten Länder Afrikas herabgesunken. Von staatlicher Ordnung konnte längst keine Rede mehr sein. Die Macht kam einzig aus den Gewehrläufen, die verfeindeten Gruppen hatten die staatsfernen Räume untereinander aufgeteilt und stellten Sicherheit auf ihre Weise her: Auf der einen Seite die Taliban, die schätzungsweise mehr als 45 000 gebürtige Afghanen unter Waffen hielten und zusätzlich von 15 000 Dschihadisten aus arabischen Ländern, Pakistan und Usbekistan unterstützt wurden; auf der anderen Seite die „Nordallianz“ und die mit Hilfe der Türkei, Russlands, Usbekistans und des Iran zurückgekehrten „Warlords“ Raschid Dostum, Ismael Khan und Karim Khalili.

Und hier liegt ein wesentlicher Keim des späteren Scheiterns: Denn von Letzteren waren die USA, deren Geheimdienste weder über hinreichendes Wissen noch über verlässliche Zuarbeiter verfügten, auf Gedeih und Verderb abhängig. Und diese lokalen Kriegsherren ließen sich ihre Kooperation mit Millionen von Dollar bezahlen. Hinzu kommt: Die amerikanische Regierung traf keinerlei Vorkehrungen für die Zeit nach dem Sturz der Taliban, weder wirtschaftlich und politisch noch militärisch. Selbst von den „Civil Affairs Units“ der Armee, die für die Beseitigung der größten Kriegsschäden hätten einspringen können, wurden nur wenige abkommandiert. „Uns geht es nicht um Nation Building, wir konzentrieren uns auf Gerechtigkeit“, hatte Präsident Bush am 26. September 2001 unmissverständlich erklärt.⁴ Dementsprechend wollte Bush das Kapitel Afghanistan so schnell wie möglich hinter sich bringen und sich dem eigentlichen Ziel zuwenden: Irak.

Auf diese Weise wurden schon in den ersten Monaten nach dem Sturz der Taliban die Weichen für deren spätere Wiederkehr gestellt. Von einer konzeptionell durchdachten und koordinierten Politik des Wiederaufbaus konnte keine Rede sein. Dass es vielfältige Konflikte zwischen den Geberländern gab, dass staatliche Agenturen mit privaten Hilfsorganisationen über Kreuz lagen und dass es fortwährend Abstimmungsprobleme mit den Vereinigten Staaten gab, erscheint im Rückblick als vergleichsweise nachrangig. Entscheidend

3 Ahmed Rashid, *Descent into Chaos. How the war against Islamic extremism is being lost in Pakistan, Afghanistan and Central Asia*, London 2008, S. 19, S. 129 ff.

4 George W. Bush, zit. n. Rashid, a.a.O., S. 74.

war vielmehr die Kombination von Unfähigkeit und Unwille. Auf europäischer Seite fühlte sich – wieder einmal – niemand zuständig, mit dem Ergebnis, dass Jeder sich hinter Jedem versteckte. Und Washington blieb beharrlich bei seiner Linie, wollte es bei humanitärer Notfallhilfe bewenden lassen und lehnte alle darüber hinausgehenden Initiativen seiner Alliierten als im Grundsatz fehlgeleitet ab, nicht zuletzt mit Verweis auf die lange Geschichte gescheiterter Entwicklungspolitik in Ländern der Dritten Welt. Doch selbst wenn die Europäer mit einer Stimme gesprochen hätten, am hartnäckigen Widerstand der Administration Bush wären sie vermutlich auch dann gescheitert. So wurde aus einem missratenen Anfang ein Dauerzustand. Und die seit Ende 2001 vergeudeteten Jahren liegen heute wie ein Fluch über Gegenwart und Zukunft Afghanistans.

Von der Blockadepolitik der Administration Bush abgesehen, waren und sind auch die wirtschaftlichen und ordnungspolitischen Handlungsspielräume institutionell verbaut. So vielversprechend die am 4. Januar 2004 verabschiedete Verfassung und die mit enormer Beteiligung durchgeführte Wahl von Präsident Karzai Anfang Oktober desselben Jahres auch waren – die für Männer wie Frauen, für alle Ethnien und Religionsgruppen postulierte Gleichberechtigung blieb ebenso ein Postulat wie die im Rahmen eines Präsidialsystems der Regierung zugeordneten Vollmachten. Von einer handlungs- und durchsetzungsfähigen Exekutive kann bis heute keine Rede sein, weil einerseits Hamid Karzai die traditionellen Privilegien der Stammesführer nicht antasten wollte und den Aufbau eines staatlichen Verwaltungssystems auf die lange Bank schob. Andererseits untergrub die US-Regierung von Beginn an die Stellung des ohnehin schwachen Präsidenten, indem sie eine Politik des kleineren Übels verfolgte: Solange Karzai jenseits von Kabul keinen Einfluss hatte, wollte man mit anderen Partnern für die Sicherheit in den Provinzen sorgen. Nach Lage der Dinge standen dafür nur Kriegsunternehmer und Drogenbarone zur Verfügung. Wer ihr Vertrauen gewann, konnte vorübergehend auf Stabilisierungsgewinne hoffen. Einer langfristigen Konsolidierung hingegen wurde damit jedoch die Grundlage entzogen. In den Augen vieler Afghanen hatten die USA nur ein Übel durch ein anderes ersetzt – und den Taliban die zur Propaganda in eigener Sache benötigten Argumente in die Hände gespielt.⁵ Im Grunde war es nur eine Frage der Zeit, wann die Taliban eine ehemals zwischen Gleichgültigkeit und Ablehnung schwankende Bevölkerung wieder auf ihre Seite ziehen würden.

„Mission impossible“: Die Selbstblockade des Westens

Wie heute, aus einem Abstand von zehn Jahren, deutlich ist, stand die Internationale Schutztruppe „ISAF“ (International Security Assistance Force) somit von Anfang an vor einer „mission impossible“. Mit 1 500 Männern und Frauen stellte Großbritannien Ende 2001 das größte Truppenkontingent, 21 weitere

5 Rashid, a.a.O., S. 133-135, 186, 203, 209.

Regierungen hatten 5000 zusätzliche Soldaten zugesagt. Mittlerweile wurden die Kontingente deutlich aufgestockt; so ist allein Deutschland seit Frühjahr 2011 mit 5300 Soldaten beteiligt. Im Grunde teilten alle Entsendestaaten den vom deutschen Verteidigungsminister Peter Struck geprägten Merksatz: „Unsere Freiheit wird am Hindukusch verteidigt.“ Aber keine Nation schickte ihre Truppen mit einem präzisen Mandat auf den Weg; von gegenseitiger Absprache und Koordination konnte und kann erst Recht nicht die Rede sein. Welchen Zweck der Einsatz in Afghanistan haben soll, was erlaubt und was verboten ist, blieb in einem Wust wolkiger Formulierungen verborgen. Oder wurde aus Angst vor dem Preis des Krieges, eigenen Verlusten zumal, nicht angesprochen. Wer das Wort „Kampfauftrag“ in den Mund nahm, riskierte politische Schelte oder gar die Karriere – nicht nur in Deutschland. Überall diktierten innenpolitische Rücksichtnahmen die Agenda. An all dem hat sich bis heute im Kern nichts geändert.

Deshalb konnte man sich auch noch nicht einmal auf einen gemeinsamen Auftrag für die „Provincial Reconstruction Teams“ (PRT) einigen. Seit Ende 2002 eingesetzt, sollten sie für mehr Sicherheit in den Provinzen sorgen und vor allem kleinere Wiederaufbauprojekte realisieren. Die Erwartungen scheiterten nicht allein an unzureichender Finanzierung und maßloser Bürokratie. Deutsche „PRT“ beispielsweise durften keine Nachtpatrouillen durchführen und galten deshalb als besonders ineffektiv; wie alle anderen „PRT“ waren sie zur Absicherung ihres Einsatzgebietes obendrein auf die Kooperationsbereitschaft der „Warlords“ angewiesen. Weil der Streit über Strategie und Taktik – innergesellschaftlich wie zwischen den Bündnispartnern – nie beigelegt werden konnte, kann zu Recht von einer Selbstblockade des Westens gesprochen werden.

Die entscheidende Schwachstelle der westlichen Afghanistan-Politik lag und liegt indes bis heute in Pakistan. Einerseits ist Pakistan auf die politische Rückendeckung der USA und auf amerikanisches Geld angewiesen, um sich im Streit mit Indien behaupten zu können – einem Konflikt, der seit 1947 schwelt und von beiden Seiten regelmäßig als symbolträchtige Auseinandersetzung um Macht, Prestige und Ehre eskaliert wird. Andererseits pflegt die pakistanische Machtelite auch und gerade wegen ihrer Phobie vor dem übermächtigen Nachbarn eine strategische Partnerschaft mit islamischen Fundamentalisten. Sie stellen das Reservoir von Untergrundkämpfern, die im indischen Teil Kaschmirs eingesetzt werden, sei es, um Indien beschäftigt zu halten, sei es, um Operationen der pakistanischen Armee in Kaschmir vorzubereiten.

Davon abgesehen will man unbedingt verhindern, dass Indien direkt oder indirekt seinen Einfluss auf Afghanistan ausdehnt und noch bedrohlicher für die eigene Sicherheit wird. Deshalb setzt Islamabad wie selbstverständlich auf eine Regierung der Taliban; sie allein gelten als Garant für die „geopolitische Tiefe“ Pakistans. Ohne die großzügige Hilfe des Nachbarn hätten sich die Taliban entweder gar nicht oder zumindest nicht in absehbarer Zeit regenerieren können.⁶ Washington aber macht allein aus einem Grund gute Miene

6 Rashid, a.a.O., S. 50 ff., 60, 240.

zu diesem bösen Spiel: wegen der Gefahr, dass pakistanische Atomwaffen in die falschen Hände geraten könnten. Mitunter hat es gar den Anschein, als wedelte der Schwanz mit dem Hund.⁷

Die Allianz zerfällt

All das hat verheerende Folgen für die Allianz der Willigen. Die alsbald mit dem Irak überbeschäftigten Amerikaner können in Afghanistan bis heute nicht das leisten, was sie wollen; und ihre Verbündeten aus (anfänglich) 39 Ländern wollen bis heute nicht, was sie im Prinzip leisten könnten. Doch je mehr die USA den Druck auf die Alliierten zur Entsendung zusätzlicher Kampftruppen erhöhen, desto mehr spitzen sich die innenpolitischen Konflikte an der Heimatfront zu: Aufgrund des Widerstandes der Bevölkerung gegen eine Ausweitung des Afghanistan-Mandats stürzte in Italien die Regierung Romano Prodi im Februar 2007, die japanische Regierung unter Shinzo Abe im September 2007, die Regierung Jan Peter Balkenende in den Niederlanden im Frühjahr 2010; von geringeren Krisen wie Ministerrücktritten in Kanada, Polen, Dänemark, Spanien oder Deutschland (Franz Josef Jung, CDU, nach nur 30 Tagen im Amt) gar nicht erst zu reden.

Weil im Westen die Kritik mit jedem toten Soldaten immer lauter wurde, verlegten sich die ISAF-Truppen zusehends auf Luftangriffe; allein in der zweiten Jahreshälfte 2006 wurden mehr Bombeneinsätze geflogen als in den gesamten vier Jahren zuvor – zum Schaden ungezählter Zivilisten und letztlich zum Nutzen der Taliban. Dazu ein hochrangiger französischer Offizier: „In Afghanistan wird durch die Tötung der Feinde deren Zahl nicht verringert, da unten ist zehn minus zwei nicht acht, sondern 16. An die Stelle eines jeden Getöteten treten vier andere, seine Cousins, Freunde oder Nachbarn. Mit jedem Tag gibt es in Afghanistan einen Feind des Westens mehr.“⁸ Zumal die Taliban sich eine Lektion asymmetrischer Kriege zu Eigen gemacht haben: Der scheinbar Schwache muss nicht auf dem Schlachtfeld siegen, um politisch die Oberhand zu behalten. Er muss den Konflikt nur in die Länge ziehen und den längeren Atem zeigen – auf diese Weise kann er alle Schlachten verlieren, aber den Krieg gewinnen. Im Afghanischen gibt es gar ein Sprichwort, wie geschaffen zur Umschreibung dieser Strategie: „Ihr habt Uhren. Wir haben Zeit.“

Von Osama zu Obama

Die Rechnung Osama bin Ladens ist also aufgegangen. Auch deshalb hatten es viele kaum für möglich gehalten, dass Barack Obama den Einsatz am Hindukusch sogar noch erhöhen würde. Seine im Wahlkampf gängige Rede vom

7 Seymour M. Hersh, Die Befehlskette. Vom 11. September bis Abu Ghraib, Reinbek bei Hamburg 2004, S. 322-347.

8 Ein namentlich nicht identifizierter französischer Offizier, zit. nach Tzvetan Todorov, Die Angst vor den Barbaren. Kulturelle Vielfalt versus Kampf der Kulturen, Hamburg 2010, S. 264.

„notwendigen Krieg“ in Afghanistan wurde entweder unterschätzt oder ging in den immensen Erwartungen an einen Neuanfang unter. Spätestens die Verlegung von 30 000 zusätzlichen Soldaten seit Ende 2009 unterstreicht jedoch, dass Obama die Prämissen imperialer Selbstbehauptung im Kern teilt und die Tradition seiner Vorgänger fortzusetzen gedenkt. Demnach führt Amerika nicht nur Krieg, wenn seine Existenz und territoriale Integrität auf dem Spiel steht; Amerikas Kriege erfüllen auch, wenn nicht in erster Linie einen symbolischen Zweck. Sie demonstrieren Glaubwürdigkeit, halten potentielle Rivalen auf Distanz und kräftigen den Glauben an die eigene Stärke und Mission. So ist Obamas Hinweis auf Amerikas „Bürde“ zu lesen, in diesem Sinne will er seine Rede von nützlichen Kriegen „jenseits der Selbstverteidigung oder der Verteidigung eines Landes gegen einen Angreifer“ verstanden wissen.⁹

Darauf zielt auch die Charakterisierung Obamas als „self-entangling giant“, als Riese, der sich in selbst gefertigten Fallstricken verheddert.¹⁰ Oder in den Worten von David Petraeus, der von Juli 2010 bis Sommer 2011 die amerikanischen und ISAF-Truppen in Afghanistan kommandierte und in Kürze die Leitung der CIA übernehmen wird: „Sie müssen auch sehen, dass man meines Erachtens diesen Krieg [in Afghanistan] nicht gewinnen kann. Man muss einfach weiter kämpfen. Es ist in etwa so wie im Irak, man kann den Irak wie eine Metapher dafür sehen. Ja, es gab enorme Fortschritte im Irak. Aber noch immer kommt es im Irak zu fürchterlichen Angriffen, und man muss wachsam bleiben. Man muss hinterher sein. Das ist die Sorte von Kämpfen, in denen wir für den Rest unseres Lebens und wahrscheinlich auch noch unsere Kinder stecken werden.“¹¹

Prognosen sind schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen, soll Karl Valentin gesagt haben. Dennoch sind die Zweifel an einer Stabilisierung Afghanistans leider allzu begründet. Zumindest vier Faktoren deuten eher auf einen Krieg ohne absehbares Ende hin – oder auf die gleichermaßen unattraktive Alternative eines neuerlichen Triumphs der Taliban und einer Wiederauflage des Bürgerkrieges, der das Land nach dem Abzug der Russen schon einmal ruiniert hat.

Erstens bleibt Pakistan eine unberechenbare Größe. Überzeugt davon, dass die USA sich über kurz oder lang zurückziehen werden, und von der fixen Idee besessen, dass der Erzfeind Indiens mit Unterstützung aus Russland und der Türkei das Machtvakuum in Kabul zu seinen Gunsten nutzen wird, unterstützt Islamabad weiterhin Gotteskrieger jeder Couleur: die Taliban um Mullah Omar, die Milizen unter Führung des ehemaligen Mudschahidin Gulbudin Hekmatjar und die Warlords des Haqqani-Clans. Sie alle nutzen Pakistan als Rückzugsgebiet und Sammelbecken, steuern von dort ihre Aktionen in Afghanistan – in jüngster Zeit mit zunehmendem Erfolg, seit sie ihre traditionellen Rivalitäten zugunsten einer gemeinsam koordinierten Kriegsstrategie hintan stellen.¹² Der Preis dieser Duldung steigt scheinbar unaufhörlich. In

9 Barack Obama, zit. n. Todorov, a.a.O., S. 267.

10 Gary Wills, *Bomb Power. The Modern Presidency and the National Security State*, New York 2010, S. 240.

11 David Petraeus, zit. n. Bob Woodward, *Obama's Wars*, New York 2010, S. 332/333.

12 Insurgents put aside rivalries to fight NATO, in: „International Herald Tribune“, 29.12.2010, S. 1, 4.

den nordwestlichen Provinzen des Landes hat die pakistanische Armee inzwischen die Kontrolle an eine Streitmacht von schätzungsweise 40 000 schwer bewaffneten Extremisten verloren, die zur Festigung ihrer Macht in den letzten Jahren hunderte unzuverlässiger Stammesführer ermordet haben. Inzwischen gibt es hinreichend Grund zu der Annahme, dass nicht so sehr die pakistanische Regierung islamische Extremisten für ihre Zwecke nutzt, sondern umkehrt Extremisten die Regierung vor ihren Karren spannen. Jedenfalls terrorisieren pakistanische Taliban ihre innenpolitischen Gegner nach Belieben.

„Eingetragene Gesellschaft“ oder „Warlord Incorporated“.

Zweitens ist der Aufbau eines militärischen Gewaltmonopols in Afghanistan offensichtlich gescheitert. Sage und schreibe ein einziges afghanisches Bataillon – 600 Mann also – gilt augenblicklich, zehn Jahre nach Beginn des Krieges, als „unabhängig“ und zu eigenständigen Einsätzen fähig.¹³ Während die Ausbildung einer nationalen Polizei und Armee seit Jahren weit hinter den Erwartungen zurückbleibt, füllen unzählige Gewaltunternehmer die Lücke. Wie sie im Dienst der amerikanischen Streitkräfte, aber auf deren Kosten ihren Geschäften nachgehen, wird in einem Untersuchungsbericht des amerikanischen Repräsentantenhauses aus dem Jahr 2010 in allen Details ausgeleuchtet: Um Personal und Kosten zu sparen, beauftragt das Pentagon private Unternehmen mit dem Transport von Nachschub in Afghanistan; 70 Prozent aller benötigten Güter, von Waffen bis Cornflakes, werden auf rund 8000 Lastwagen Monat für Monat in die mehr als 200 über das Land verstreuten Stützpunkte gebracht. Weil sie die Lieferungen mit eigenen Mitteln nicht schützen können, schließen die Frachtunternehmer Verträge mit afghanischen Sicherheitsfirmen, genauer gesagt mit findigen Warlords und Milizenchefs, die sich auf diese Weise ein lukratives Geschäftsfeld erobert haben. Dollarsummen im zweistelligen Millionenbereich werden jährlich an Partner transferiert, deren hauptsächliches Interesse im Aufbau ihrer Privatarmeen besteht – von insgesamt 70 000 schwer bewaffneten „Eskortpersonen“ ist inzwischen die Rede. Aber nicht nur die Milizenchefs treiben ihr Schutzgeld im Zweifel mit Angriffen auf Konvois zahlungsunwilliger Spediteure ein; Taliban und Al Qaida erpressen ihrerseits die Milizenführer und finanzieren so ihren Krieg mit Geldern aus der amerikanischen Staatskasse. Aus gutem Grund haben die Rechercheure des US-Kongresses zur Beschreibung dieses Teufelskreises einen im Handelsregister üblichen Begriff gewählt: „Eingetragene Gesellschaft“ oder „Warlord Incorporated“. Die Pointe: Je mehr die USA und ihre Verbündeten militärisch investieren, desto schneller wächst die kriegsgesteuerte Schattenwirtschaft ihrer vermeintlichen Verbündeten wie ihrer realen Feinde.¹⁴

13 Dexter Filkins, Endgame, in: „The New Yorker“, 4.7.2011, S. 17.

14 U.S. House of Representatives, Subcommittee on National Security and Foreign Affairs, Committee on Oversight and Government Reform, Majority Staff Report, Warlord, Inc.: Extortion and Corruption Along the U.S. Supply Chain in Afghanistan, Washington, D.C., June 22, 2010, S. 1-6, 10, 13-17, 22, 34-36, 46-48.

Drittens liegt eine funktionsfähige Zentralregierung in Afghanistan weiter in unerreichbarer Ferne. Amerikanischen Angaben vom Sommer 2010 zufolge hat Ministerpräsident Hamid Karsai nur in einem Viertel der wichtigsten Provinzen und Bezirke Rückhalt – wohlgerneht Rückhalt, von Kontrolle ist nicht die Rede. In den mehrheitlich staatsfernen Räumen bauen die Warlords eine unübersichtliche Gegenmacht auf, die ihre Legitimität aus der Delegitimierung der Zentrale schöpft. Ob Staudämme, Straßen, Brücken oder Schulen gebaut werden, hängt vom Wohlwollen der lokalen Machthaber ab – und von der Bereitschaft der Regierung, Etateinbußen von bis zu 40 Prozent für die allfälligen Schutzgelder hinzunehmen. Zahlt Kabul nicht, enttäuscht man die Erwartungen der Bevölkerung; fließt das Geld, dokumentiert die Regierung ihre eigene Ohnmacht. Dass in jüngster Zeit sogar die Leitung wichtiger Ministerien an Kriegsherren und ihre Kamarilla vergeben werden, setzt ein zusätzliches Ausrufezeichen. In mehreren Provinzen kontrollieren Milizenchefs im Einvernehmen mit den Taliban faktisch die Entwicklung der Infrastruktur; geduldet wird nur, was ihren Interessen nützt. In ihrer Not ist die Regierung Karsai dazu übergegangen, die örtliche Bevölkerung mit Waffen zu versorgen und zur Selbstverteidigung aufzurufen. Dass die Stämme zu den Taliban überlaufen oder ihnen zumindest die gespendeten Gewehre überlassen, wäre vor diesem Hintergrund einer staatlichen Selbstaufgabe keine Überraschung; diese Erfahrung mussten bereits die Sowjets und ihre Marionettenregierung in den 1980er Jahren machen.¹⁵

Die USA in der Glaubwürdigkeitsfalle

Viertens stecken die USA in einer Glaubwürdigkeitsfalle. Den Taliban und Al Qaida in Afghanistan das Feld zu überlassen, würde das überparteiliche Konzept amerikanischer Weltmachtspolitik im Kern treffen: Durchsetzungsfähigkeit, Behauptungswille und Führungskraft. Um diese Attribute vor sich selbst und dem Rest der Welt zu beglaubigen, verschloss man bekanntlich auch jahrelang die Augen vor den Realitäten in Vietnam und redete sich im Stile einer klassischen Imperialmacht ein, dass kein Staat, und erst recht keine „viertrangige Nation“ (Henry Kissinger) wie Nordvietnam, auf Dauer dem Willen der Vereinigten Staaten würde widerstehen können. Dergleichen Logik scheint sich in Zeiten der Krise und des drohenden Niedergangs eher zu revitalisieren als zu verbrauchen: Gerade Kriege, die man nicht gewinnen kann, dürfen auf keinen Fall verloren gehen. Gewiss, Barack Obama hat in seiner Rede vom 22. Juni 2011 den Rückzug der vor anderthalb Jahren zusätzlich nach Afghanistan entsandten Einheiten angekündigt: Bis Ende 2012 sollen gut 30 000 GIs das Land verlassen haben. Ob und wann die restlichen 100 000 Mann der US- und ISAF-Truppen zurück gerufen werden, ist indes weiterhin nicht abzusehen. Und deshalb ist auch nicht auszuschließen, dass die USA – wieder einmal – sich und andere zur Geisel ihrer eigenen Politik machen.

¹⁵ Sayed Yaqub Ibrahim, Glückwunsch, Taliban! In: „Süddeutsche Zeitung“, 24./25.7.2010, S. 2.